

Corona-Krise – zweite Welle: Ökonomische Perspektiven und soziale Belastungen

Der erneute Anstieg der Infektionen und auch der Hospitalisierungs- und Sterberaten im Herbst 2020 – in den meisten europäischen Ländern und den USA noch stärker als in Deutschland – macht deutlich, dass die Krise auch mittelfristig die Entwicklungsperspektiven des kapitalistischen Weltsystems verändern wird. Vor dem Hintergrund sich eintrübender Wachstumsperspektiven und struktureller Umbrüche sind die wirtschaftlichen und sozialen Belastungen durchaus ungleich verteilt. Gewerkschaften und soziale Bewegungen müssen sich darauf einstellen, dass die Kapitaleite unter Berufung auf die Krise und ihre Kosten verstärkt den Verzicht auf wirtschaftliche und soziale Forderungen verlangen wird. Die Marginalisierung demokratischer Mitwirkungsgedanken bei der autoritären Implementierung der Corona-Maßnahmen soll helfen, den Lohnabhängigen neue Bescheidenheit beizubringen.

Mittelfristige Wirkungen der Corona-Krise

Der weltweite Produktionseinbruch 2020 – nur China bleibt teilweise verschont – hat die konjunkturelle Abschwächung des Jahres 2019 verlängert und verschärft. Wie in Z 123 gezeigt hat die Corona-Krise vor allem jene strukturellen Krisenerscheinungen akzentuiert, die seit der Finanzkrise 2008/09 auf der kapitalistischen Weltwirtschaft lasten und die durch die zögerliche Konjunkturbelebung 2010/18 nicht gelöst worden sind. Dazu zählen der Formwandel der Globalisierung im Kontext verschärfter hegemonialer Konflikte, die Finanzialisierung und die Klimakrise, verbunden mit Strukturkrisen in tragenden Wirtschaftszweigen. Weitere strukturelle Umbrüche zeichnen sich als Folge der Pandemie ab: Diese betreffen bislang expandierende Sektoren wie persönliche Dienstleistungen, Tourismus/Freizeit und Verkehrswirtschaft. Beobachter sprechen von der Etablierung „einer 90% oder ... 95% Wirtschaft“, die selbst bei medizinischen Erfolgen in der Bekämpfung des Virus eintreten könnte.¹ Anders als in vorangegangenen Krisen sind Dienstleistungen stärker betroffen als die Industrie.

War man anfangs davon ausgegangen, dass der durch den Lockdown verursachte Produktionseinbruch im zweiten Halbjahr 2020 wieder überwunden sein würde, so ist die Stimmung am Jahresende skeptischer: Dem Einbruch der Monate März/April folgte ein rascher Wiederanstieg, der aber zur Jahresmitte ins Stocken gekommen ist. Dies zeichnete sich schon ab, bevor in Europa die Infektionsraten wieder steil anstiegen und Ende Oktober Maßnahmen ergriffen wurden, die einem erneuten Lockdown nahekamen. Während versucht wurde, dieses Mal Kernbereiche der Ökonomie zu schonen (der Verzicht auf Schul- und Kitaschließungen soll die Verfügbarkeit von Arbeitskräften sicherstellen) und Handelswege offenzuhalten, wurden die oben erwähnten Dienstleistungsbereiche erneut voll getroffen. Die Projektionen von Oktober, die für die entwickel-

¹ Interview mit Clemens Fuest, Leiter des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, NZZ v. 26.10.2020.

ten Länder einen deutlichen, aber mit den Folgen der Krise 2008/2009 vergleichbaren Einbruch prognostizierten, dürften nun Korrekturen nach unten erfahren.² Die Hoffnung auf einen kräftigen Aufschwung im kommenden Jahr erscheint vor diesem Hintergrund übertrieben optimistisch.

| Globales Wirtschaftswachstum (Projektion) | | | |
|--|-------|--------|-------|
| | 2019 | 2020 | 2021 |
| Welt, dar.: | + 2,8 | - 4,4 | + 5,2 |
| Entwickelte Länder, dar.: | + 1,7 | - 5,8 | + 3,9 |
| USA | + 2,2 | - 4,3 | + 3,1 |
| EU | + 1,3 | - 8,3 | + 5,2 |
| Deutschland | + 0,6 | - 6,0 | + 4,2 |
| Japan | + 0,7 | - 5,3 | + 2,3 |
| Schwellen- Entwicklungsländer, dar.: | + 3,7 | - 3,3 | + 6,0 |
| China | + 6,1 | + 1,9 | + 8,2 |
| Indien | + 4,2 | - 10,3 | + 8,8 |
| Russland | + 1,3 | - 4,1 | + 2,8 |
| Lateinamerika | 0,0 | - 8,1 | + 3,6 |
| Sub-Sahara Afrika, dar.: | + 3,2 | - 3,0 | + 3,1 |
| Südafrika | + 0,2 | - 8,0 | + 3,0 |
| Welthandelsvolumen | + 1,0 | - 10,4 | + 8,3 |

Quelle: IMF, World Economic Outlook, October 2020, S. 9.

Neben den staatlich verordneten Beschränkungen sind Verhaltensänderungen der Bevölkerung in Rechnung zu stellen, die dauerhafter sind als Ge- und Verbote. Das als „social distancing“ bezeichnete Verhalten ist vor allem in reichen Ländern zu beobachten, in denen Beschränkungen der Mobilität ohne wirtschaftliche Einbußen möglich sind. Verzicht auf Reisen, Restaurantbesuche, kulturelle bzw. sportliche Veranstaltungen und der Ausbau von Telearbeit sind Reaktionen auf Ansteckungsrisiken, die das Ende der Pandemie überdauern werden. Es ist auch nicht zu erwarten, dass der Einbruch im privaten Konsum rasch ausgeglichen werden wird. Nach dem Auslaufen der staatlichen Unterstützungsmaßnahmen – die Ende Oktober nochmals aufgestockt wurden – werden die mit der Krise verbundenen Arbeitsplatz- und Einkommensrisiken die Konsumnachfrage dämpfen. Zudem dürfte das exportorientierte Deutschland mittelfristig unter einem nur noch moderat wachsenden Welthandel leiden, der Anteil des Außenbeitrags wird sinken.³ Die erneuten Restriktionen der europäischen Nachbarländer, oft rigider als in Deutschland, werden die Exporte zusätzlich belasten.

² Dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung zufolge werden die Maßnahmen vom November das BIP zusätzlich um gut ein halbes Prozent belasten.

³ Erholung verliert an Fahrt – Wirtschaft und Politik weiter im Zeichen der Pandemie, Gemeinschaftsdiagnose 2/2020, 14. Oktober 2020, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle, S. 70.

Nimmt man China aus, so trifft die Krise – anders als 2008/09 – die Schwellen- und Entwicklungsländer mindestens ebenso stark wie die entwickelte Welt. Schwere soziale Rückschläge sind zu erwarten: „Die Pandemie wird die seit den 1990ern erreichten Erfolge bei der Armutsbekämpfung umkehren und die Ungleichheit vergrößern“, meint der Internationale Währungsfonds (IWF).⁴ Der Trend zur Polarisierung der Einkommen dürfte sich verstärken: „Allgemein sind Bezieher niedriger Einkommen stärker von Arbeitsplatzrisiken betroffen...“⁵ Die Möglichkeiten, die Wirkungen der Krise durch expansiven Fiskalpolitik abzufedern, sind in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern begrenzt: Neue Schuldenkrisen könnten die wirtschaftliche Erholung mittelfristig blockieren. Die reichen Länder und die Internationalen Finanzorganisationen zeigen bislang wenig Neigung, über zeitlich begrenzte Schuldenmatorien hinaus Maßnahmen zur definitiven Entschuldung voranzubringen. Der globale Süden wird große Schwierigkeiten haben, die Krise zu überwinden: Schrumpfender Tourismus, rückläufige Überweisungen von Arbeitsmigranten, volatile Kapitalbewegungen ebenso wie gesunkene bzw. schwankende Rohstoffeinnahmen belasten die Erholung.

Mittelfristig sind die globalen Wachstumserwartungen (bis 2025) niedriger als vor Ausbruch der Pandemie. Die Konsolidierung der nochmals gestiegenen Verschuldung, die Effekte der zugespitzten Einkommensgegensätze und die Bewältigung der Strukturkrisen, die mit der Anpassung an Ursachen und Folgen der Klimakrise und Verhaltensänderungen im privaten Konsum zusammenhängen, stellen die kapitalistische Wirtschaft und die staatlichen Akteure vor große Herausforderungen. Die notwendige internationale Kooperation wird durch mit dem Kampf um globale und regionale Hegemoniepositionen verbundenen Gegensätze behindert. Die Beschwörung von „multilateraler Kooperation“ und des „regelbasierten multilateralen Handelssystems“ durch den IWF klingt hohl angesichts von Konflikten, in denen handelspolitische und andere Sanktionen alltäglich geworden sind. Das Coronavirus beschleunigt die Hegemoniekrise der USA, nicht nur im Verhältnis zu China. Die Schwächung der US-Hegemonie befeuert auch regionale Konflikte, in denen neue Akteure eigene Interessen verfolgen.

Bei Beurteilung der mittelfristigen Dynamik sind die wirtschaftlichen Folgen verstärkter Digitalisierung und der Maßnahmen zur Verlangsamung des Klimawandels einzubeziehen. Ohne dass hierauf näher eingegangen werden kann ist festzuhalten, dass weder die beschleunigte Ausbreitung der Informations- und Kommunikationstechnologien noch die „Dekarbonisierung“ und der Übergang zu CO₂-sparenden Produktionsformen die Akkumulationsdynamik beleben werden: Dies zeigt exemplarisch die Automobilindustrie, in der neue Fahrzeuggenerationen per Saldo die Kapital- und Arbeitsanforderungen sowie die Länge der Zulieferketten verringern. Während der zusätzliche Investitionsbedarf von E-Commerce, Telearbeit und Videokonferenzen gering sein dürfte, könnten die Anforderungen an

⁴ IMF, World Economic Outlook: A long and difficult ascent, Washington DC, October 2020, Executive Summary.

⁵ IMF, ebd. S. 14.

Wirtschaftsbauten und die Verkehrsinfrastruktur sinken. Mittelfristig eher wachstumsverlangsamend wird auch die ‚marktkonforme‘, d.h. durch CO₂-Bepreisung und öffentliche Subventionen bewirkte Dekarbonisierung der Wirtschaft wirken: „Die wachsenden CO₂-armen Sektoren (...) sind weniger kapitalintensiv als die schrumpfenden Sektoren (...), so dass die Nachfrage nach Investitionsgütern sinkt“⁶, fasst der IWF das Ergebnis von Modellrechnungen zusammen.

Jörg Goldberg

Krisen-Betroffenheit

Die Reaktion von Bundes- und Landesregierungen auf die zweite Welle der Corona-Pandemie ist ganz davon geprägt, die Wirtschaft so weit wie möglich zu schonen. Der Lockdown light konzentriert sich auf den Bereich Freizeit sowie öffentliche und private Kommunikationsräume. Der Anteil der hierdurch unmittelbar betroffenen Branchen (Gastgewerbe; Sport, Kultur, Unterhaltung; Erholung und sonstige Dienstleister; Einzelhandel; Luftfahrt) liegt bei max. 5 Prozent der Bruttowertschöpfung, die Zahl der Erwerbstätigen bei etwa 5 Millionen (ca. 12 Prozent der Erwerbstätigen insgesamt).¹ Stark betroffen in diesem Bereich sind neben den lohnabhängig Beschäftigten selbständige Mittelschichten (Gastgewerbe, Einzelhandel, Unterhaltungsbranche u.a.) und viele Prekäre im Bereich von Kunst, Unterhaltung und Kultur. Für die direkt betroffenen Branchen mit Publikumsverkehr hat die Bundesregierung 10 Mrd. Euro als Kompensationszahlung seitens des Staates avisiert, die aus dem bereits bestehenden Krisenfond („Überbrückungshilfen“) finanziert werden, der bei einem Volumen von 25 Mrd. Euro bisher nur mit etwa 2 Mrd. Euro belastet wurde. Die Kosten des Lockdown für die Gesamtwirtschaft werden vom DIW auf gut 19 Mrd. Euro geschätzt.²

Viele Betroffene in den genannten Sektoren sehen ihre wirtschaftliche und berufliche Existenz gefährdet. Der „Finanzstabilitätsbericht 2020“ der Bundesbank geht von einer deutlichen Steigerung der Insolvenzen in 2021 aus. Insbesondere die selbständigen Mittelschichten konnten ihre Eigentums- und Existenzinteressen mit starker medialer Resonanz vortragen. „Arbeitgeberpräsident“ Ingo Kramer sprach mit Blick auf Gastronomie- und Beherbergungsbetriebe von „Aktionismus vor sachlicher Begründung“ und warnte vor „Einschränkung unternehmerischer Freiheit“³. Die Politik müsse „darauf achten, dass die Akzeptanz für die Maßnahmen

⁶ IMF, ebd., S. 98/99.

¹ Statist. Bundesamt, FS 18, R. 1.4, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 2019, S. 112-113, 166-167.

² DIW, Welt am Sonntag v. 1.11.2020. Schätzung für einzelne Branchen (in Euro): Gastronomie/Hotels: 5,8 Mrd., Sport, Kultur, Unterhaltung: 2,1 Mrd., Handel: 1,3 Mrd., Industrie: 5,2 Mrd. Die Interessenverbände der unmittelbar vom Lockdown betroffenen Branchen schätzen ihre Umsatzausfälle deutlich höher auf 20 Mrd. Euro und verlangen (75%-Regelung) 15 Mrd. Euro Entschädigung. FAZ v. 5.11.2020. Kurzarbeitergeld oder Überbrückungshilfen werden gegengerechnet.

³ Pressemitt. vom 29.10.2020. „Meines Erachtens sind die Einschränkung von sozialen Kontakten im privaten Wohnbereich wie im wirtschaftlichen Bereich mit zu wenig Augenmaß geregelt worden

zur Bekämpfung der Coronakrise in der Bevölkerung nicht verlorengelassen.“ Das zielt auch auf den Umstand, dass große Teile der (insbesondere städtischen) Bevölkerung als Konsumenten entsprechender Dienstleistungen von den Einschränkungen des Lockdown light betroffen sind. Kramer befürchtet hier einen wirtschaftsschädigenden Nachfrageeinbruch.

| Kurzarbeiter Mai 2009, JahresØ 2019 und Januar – Oktober 2020 (in Tsd.) | | | | | | | |
|--|--------|----------|----------|---------|----------|-----------|----------|
| Mai '09 | Ø 2019 | Jan. '20 | März '20 | Mai '20 | Juli '20 | Sept. '20 | Okt. '20 |
| 1.440 | 145 | 382 | 2.834 | 7.300 | 5.552 | 3.733 | 3.286 |

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, Oktober 2020, S. 64.

Ein wichtiger Indikator der Krisenbetroffenheit ist das Ausmaß der Kurzarbeit. Deren Maximum lag im Mai 2020 bei 7,3 Mio. (Maximum während der Finanzmarktkrise 2008/2009: unter 1,5 Mio.). Im Oktober, also vor dem neuen Lockdown light, arbeiteten nach Schätzung des Ifo-Instituts 3,3 Mio. Erwerbstätige kurz. Wo waren sie beschäftigt? Fast 50% im Verarbeitenden Gewerbe und anderen produktionsnahen Bereichen (Bau, Verkehr, Lagerei, Energie- und Wasserversorgung) sowie knapp 17% im Bereich Unternehmensdienstleistungen (incl. freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen). Das restliche Drittel entfiel auf andere Dienstleistungen, darunter Handel (10%) und das Gastgewerbe (8%).⁴ Im Verarbeitenden Gewerbe lag der Kurzarbeiter-Anteil im Oktober mit etwa 18% mehr als doppelt so hoch wie im Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe mit 8%. Trotz Anziehen der Industrieproduktion und Rückgang der Kurzarbeit seit dem Sommer bleiben die Beschäftigten im Produktionssektor also überproportional krisenbetroffen. In der medialen Öffentlichkeit ist dies kein Thema. Das gilt auch für die von ihnen zu tragenden Krisenlasten.

Mit Kriseneinbruch im März ist die Erwerbstätigkeit im Vorjahresvergleich deutlich zurückgegangen, die Arbeitslosenzahl gestiegen. Im September und Oktober d.J. waren nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) etwa 0,6 Mio. Personen mehr arbeitslos als im Vorjahr; die Arbeitslosenquote lag damit um 1,3 bzw. 1,2 Prozent höher als 2019. Gegenwärtig wird eine Zunahme der Kurzarbeit und ein stärkerer Übergang von Kurzarbeit in Arbeitslosigkeit erwartet. Mit dem Anstieg von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sinkt das Einkommen der Lohnabhängigen als Klasse. Ursache ist der krisenbedingte Rückgang der Arbeitszeit. Im Vorjahresvergleich ergab sich für das 2. Quartal 2020, also die erste Phase der Coronakrise, ein realer (preisbereinigter) Verdienstrückgang um 4,7 Prozent, ein deutlich stärkerer Einbruch als in der Finanzmarktkrise 2008/2009. Der Arbeitszeitrückgang und damit der Verdiensteinbruch ist bei den unteren (un- und ange-

und zu weitgehend getroffen.“

⁴ Vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1143138/umfrage/corona-krise-kurzarbeiter-nach-sektoren/>

lernten) Lohnarbeiterschichten mit etwa 9 Prozent deutlich ausgeprägter als bei Beschäftigten in „leitender Stellung“ (ca. 2 Prozent).⁵ Zu beachten ist, dass bei dieser Berechnung vom Stat. BA das Kurzarbeitergeld nicht berücksichtigt wird, das diesen Einbruch der kollektiven Lohnsumme aber nur begrenzt abfedert. Besonders von der Krise betroffen ist die große Zahl – 7,6 Millionen, annähernd 19 Prozent der abhängig Beschäftigten, mehrheitlich Frauen – prekär-geringfügig Beschäftigter (Mini-Jobs), die nicht sozialversicherungspflichtig sind und keinen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Einer Erhebung des DIW zufolge hat sich deren Zahl zum Juni 2020 im Vorjahresvergleich um 850 Tausend vermindert, davon allein über ein Drittel im Gastgewerbe.⁶

Öffentliche Medien/Kommunikation

In den öffentlichen Medien stehen insbesondere die Einschränkungen in der Freizeit sowie die materiellen Belastungen für die selbständigen Mittelschichten im Vordergrund, die von den Reise- und Bewegungseinschränkungen und flächenbezogenen Hygienevorschriften besonders betroffen sind, sowie Schulen und Einrichtungen der Kinderbetreuung. Letztere von besonderem Belang für Alleinerziehende und Familien, in denen beide Elternteile erwerbstätig sind. Die Belange der Masse der Berufstätigen – mit Ausnahme der als „Helden“ gefeierten Beschäftigten im Gesundheits- und Betreuungswesen – werden in der politisch relevanten Öffentlichkeit so gut wie nicht thematisiert und bleiben allein Angelegenheit des betrieblichen und gewerkschaftlichen Milieus. Die Orientierung auf lokale/regionale Maßnahmen zur Eindämmung von Infektionsherden und der erneute Lockdown light haben – in Verbindung mit der Dauer der Einschränkung von Grundrechten – zu stärkeren öffentlichen Auseinandersetzungen um deren Sinn und zu einer beginnenden Akzeptanzkrise (Kritik an den Corona-Maßnahmen) geführt, die in erster Linie von rechts aufgeladen wird. Hier schlägt die neoliberale Massenpsychologie des Egoismus, des konkurrenzbetonten Auslebens individualisierter Bedürfnisse (Konsumismus), eines asozialen Freiheitsverständnisses als Reaktion auf staatliche Regulierung durch. In diesem gesellschaftlichen Klima hat es eine rationale linke Kritik der staatlichen Ausschaltung von Freiheitsrechten, die notwendige Regulierungsmaßnahmen in Gesellschaft und Betrieb stärker gesellschaftlicher Kontrolle unterwerfen will, ausgesprochen schwer. Insgesamt zeigt sich, dass die Herrschaft der neoliberalen Konkurrenz- und Freiheitsideologie in der politisch-ideologischen Sphäre den Handlungsspielraum demokratischer, linker Bewegungen massiv einschränkt und Rechtstendenzen weiter fördert. Bei den Parteienpräferenzen drückt sich dies im ausgeprägten Zustimmungszuwachs für die „konservative Mitte“ bei weiterer Zurückdrängung der kapitalismuskritischen Linken und des sozialdemokratisch-grünen Reformflügels aus, in den sozialpolitischen Ausei-

⁵ Stat. BA, Pressemit. v. 22.9.2020. Vgl. auch Kohlrausch/Hövermann, Soziale Ungleichheit und Einkommenseinbußen in der Corona-Krise, in: WSI-Mitteilungen 6/2020.

⁶ M. Grabka u.a., Beschäftigte in Minijobs sind VerliererInnen der coronabedingten Rezession, DIW Wochenbericht 45/2020, S. 842-847.

nersetzungen in weiteren Versuchen, die Gewerkschaften und die Verteilungsansprüche der Lohnabhängigen an den Rand zu drängen. Für die politische, gewerkschaftliche und Bewegungs-Linke ein Lehrstück, dass der Kampf um Einfluss in der Sphäre der Ideologie und ideologischen Apparate unabdingbar ist.

André Leisewitz

Soziale Bewegungen in der Defensive

Im Verlauf der skizzierten wirtschaftlichen und sozialen Krisenprozesse und mit dem massiven Einsatz der ökonomischen Potenzen der staatlichen Exekutive haben sich die Kräfteverhältnisse im laufenden Jahr weiter zu Gunsten des Kapitals und zu Lasten der Lohnabhängigen verschoben. Das Großkapital profitiert vom staatlichen Krisenmanagement, verlangt massive Modernisierungsinvestitionen und verstärkt den Druck auf gesellschaftliche Umverteilung von unten nach oben. Auf der politischen Ebene gewinnt die „konservative Mitte“ Einfluss, die politische und gesellschaftliche Linke, Gewerkschaften und soziale Bewegungen sehen sich in der Defensive. Es zeichnet sich ab, dass die - durch die Pandemie verstärkten und schon lange schwelenden - Strukturkrisen und neu hinzugekommene soziale Verwerfungen nicht in die Wiederherstellung einer Normalität münden werden. Stattdessen sind die die Konflikte um die zukünftigen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Weichenstellungen voll entbrannt. Hier müssten sich linke und sozial-ökologische Alternativen – unter erschwerten Bedingungen – bewähren.

Bereits im Mai positionierte sich der Unternehmerverband Gesamtmetall mit einem Generalangriff auf den Sozialstaat (s. dazu schon Z123, S. 39). Die vom IG Metall-Vorsitzenden Jörg Hofmann im August angestoßene Initiative für eine Vier-Tage-Woche (s. dazu die Beiträge von Margareta Steinrücke/Stephan Krull und Robert Sadowsky in diesem Heft) beantworteten Kapitalvertreter erwartungsgemäß mit scharfen Absagen. Stefan Wolf, Gesamtmetall-Chef in Baden-Württemberg und designierter Präsident von Gesamtmetall, ging zum Gegenangriff über und forderte von den Beschäftigten und den Gewerkschaften jetzt „Mehrarbeit ohne vollen Lohnausgleich“. Auch die 35-Stundenwoche passe nicht mehr in die Zeit. Arbeitszeiten seien flexibel zu gestalten, „je nach Auftragslage“. Spätzuschläge seien ebenfalls nicht mehr zeitgemäß wie auch „Sonderzulagen wie Weihnachtsgeld ebenso wie Pausenregelungen“.¹

Die Politik, z.B. in Gestalt von Wirtschaftsminister Altmaier, sekundierte mit einer Offensive zur Sonntagsöffnung im Handel. Das eigentlich spruchreife „Mobile Arbeit Gesetz“ des BMAS wurde von den Unionsparteien gestoppt und mit einem eigenen Eckpunktepapier gekontert. Dessen Essenz: Arbeitszeitgesetz und tarifliche Regelungen sollen durch „Flexibilisierung“ ausgehebelt werden.

¹ Zeit-Online 24.10.2020.

Lange gehegte Deregulierungsträume werden aus der Schublade gezogen und mit dem Label des Anti-Corona-Krisenmanagements versehen.

Orientierungskrisen

Gewerkschaften, Klimabewegung und auch andere demokratische und soziale Bewegungen entwickelten unter erschwerten Bedingungen beachtliche Aktivitäten, sahen sich aber auch massiv unter Druck und mussten sich neu orientieren. Die Gewerkschaften verzeichnen Mitgliederverluste, ihre Verbindung zur Basis, zu den Betrieben und Betriebsräten ist eingeschränkt. Sie haben große Schwierigkeiten, ihre Machtressourcen zu mobilisieren.² Für Tarifkonflikte der nahen Zukunft stimmt das nicht eben optimistisch.

Ver.di konnte im Tarifkonflikt im öffentlichen Dienst das Instrument des Warnstreiks wirkungsvoll einsetzen, weil solche Streiks in Kitas oder Verkehrsbetrieben unmittelbaren Druck erzeugen. Allerdings gelang es den öffentlichen „Arbeitgebern“ mit ihrer Verzögerungstaktik und dem Rückenwind der Pandemiekrise, eine breite Solidarisierung der öffentlichen Meinung mit ver.di und den Held*innen des Krisenalltags zu verhindern. Die Gewerkschaft selbst konnte sich ihrer eigenen Durchsetzungsstärke nicht sicher sein. Das schlägt sich im durchwachsenen Ergebnis nieder.

Die Kräfte der Gewerkschaften werden derzeit durch Abwehrkämpfe gegen Arbeitsplatz- und Einkommensverluste absorbiert. Unter den Lohnabhängigen grassiert Zukunftsangst, der anstehende strukturelle Wandel wird als Bedrohung erlebt, was bei vielen in eine Verweigerungshaltung mündet. Das verstärkt zunächst Stimmungen und Tendenzen einer „konservierenden Politik“³.

In gewerkschaftlichen Stellungnahmen fehlt es nicht an positiven Bezügen auf eine notwendige soziale, ökologische und demokratische Umgestaltung.⁴ Auch gemeinsame Aufrufe von Gewerkschaften und Klimabewegung gab es schon mehrfach. Aktuelles und bemerkenswertes praktisches Beispiel ist das „zivilgesellschaftliche Bündnis“⁵ von ver.di, FFF und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband im Tarifkonflikt um bessere Arbeitsbedingungen im öffentlichen Nahverkehr, Klimaschutz und Verkehrswende. Wichtige Streitpunkte bleiben aber aus-

² Vgl. dazu Hans-Jürgen Urban, Corona, Kapitalismus, Demokratie. Demokratische Arbeitspolitik für ein neues Entwicklungsmodell. In: Christoph Schmitz/Hans-Jürgen Urban (Hrsg.), Demokratie in der Arbeit. Eine vergessene Dimension in der Arbeitspolitik? Jahrbuch Gute Arbeit 2021, Frankfurt/Main, i. E.

³ Klaus Dörre u. a. (Hrsg.), Transformationskonflikte und neue Bündnisse. Abschied von Kohle und Auto. Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität, Frankfurt/Main 2020, i. E. Vorabdruck aus dem Nachwort; <https://oxiblog.de/transformativkonflikte-neue-buendnisse/>.

⁴ So z.B. Jörg Hofmann, Corona oder: Die Krise als Chance für eine sozial-ökologische Transformation. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 9/2020, S. 94-100 und auch die Antworten von vier Gewerkschaftsvorsitzenden (IG Metall, ver.di, IG BCE und EVG) auf Fragen zu einer sozial-ökologischen Mobilitätswende, in: Magazin Mitbestimmung, 5/2020.

⁵ So der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke (s. FN 4).

geklammert – hier Lufthansa und Luftverkehr, an anderen Stellen Automobil und Kohle. Gerade sie müssten bearbeitet werden.

FFF machte in der Pandemiekrise die ernüchternde und verunsichernde Erfahrung, dass das Thema Klimawandel bei der adressierten Politik keine Priorität hatte und von ihr mehrheitlich als „ein Problem der fernen Zukunft wahrgenommen“ wurde.⁶ Nach Monaten des erzwungenen Rückzugs rief FFF im September wieder zu einem globalen Klimastreik auf – mit bescheidener öffentlicher Resonanz, verglichen mit früheren Aktionstagen. Das Instrument des Schulstreiks hatte nach Monaten des Homeschoolings seine Durchschlagskraft eingebüßt. Im Aufruf hieß es: „Wir haben gesehen, die Politik kann handeln, wenn es darauf ankommt. Jetzt fordern wir: tut das auch bei der Klimakatastrophe“. FFF beschränkt sich weiter darauf, mit einer Beschwörung der drohenden Katastrophe Forderungen an „die Politik“ zu richten. Diesmal an eine staatliche Autorität, die im Krisennotstand mit zweifelhafter demokratischer Legitimität agiert. Das scheint eher ein Ausdruck von Hilflosigkeit.

Reformbündnisse?

Derzeit überwiegen offenbar Alleingänge. Gewerkschaften kämpfen für das Soziale, Klimabewegungen für die Ökologie. Keine der Bewegungen kann ihre Ziele nur mit eigener Kraft erreichen. Die von ihnen angesprochenen Bevölkerungsgruppen erleben die Krise und die Risiken eines sozial-ökologischen Umbaus unterschiedlich. Erste Schritte zur Anerkennung der Prioritäten der je anderen Seite gibt es. Aber nirgendwo ist die Erarbeitung eines Reformbündnisses das zielstrebig verfolgte strategische Projekt. Dafür braucht es zum einen „diskursive Toleranz“⁷, also keine Formelkompromisse, sondern sicherlich kontroverse, aber solidarische Debatten über unterschiedliche Interessenlagen. Und es braucht Anknüpfungspunkte für gemeinsame Ziele und Reformvorhaben, die in den aktuellen Konflikten um Mobilität, Gesundheit, Bildung und Qualifizierung schon längst da sind.

Jürgen Reusch

⁶ Ulrich Brand, Freiheit statt Egoismus: Die Klimabewegung nach Corona. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 10/2020, S. 113-120, hier: S. 113.

⁷ Ebd., S. 6.